

normes entreront en vigueur le 1er octobre 1987. Quant aux véhicules utilitaires légers, dont le poids total n'excède pas 3500 kg, des prescriptions analogues (cf. «US-Federal 83») seront applicables à partir du 1er octobre 1988.

Je prie donc le Conseil fédéral de répondre à la question suivante:

Pour quelle date entend-il abaisser également les valeurs limites des gaz d'échappement s'appliquant aux véhicules utilitaires lourds et introduire des prescriptions limitant les émissions de particules par ces véhicules?

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 2. Dezember 1985

Rapport écrit du Conseil fédéral du 2 décembre 1985

Schwere Motorwagen sind heute praktisch ausschliesslich mit Dieselmotoren ausgerüstet. Der Bundesrat hat bereits am 22. Mai 1985 (Antwort auf die Interpellation der LdU/EVP-Fraktion vom 22. März 1985; Dieselfahrzeuge. Emissionsbegrenzung) über den Stand der Dinge betreffend Abgas- und Partikelvorschriften für Dieselfahrzeuge informiert.

Der Bundesrat wird Umfang und Zeitpunkt des Inkrafttretens der Abgasnormen für schwere Dieselfahrzeuge voraussichtlich 1986 festlegen.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates befriedigt.

85.950

**Interpellation Wyss
Volksinitiativen. Karenzfristen
Initiatives populaires. Délais d'attente**

Wortlaut der Interpellation vom 10. Dezember 1985

Am 1. Dezember 1985 haben Volk und Stände die Volksinitiative «für die Abschaffung der Vivisektion» massiv verworfen. Bereits am 3. Dezember 1985 lancierten zwei Vereinigungen von Vivisektionsgegnern eine neue, noch radikalere Volksinitiative «zur Abschaffung der Tierversuche und der Vivisektion».

Generell ist eine zunehmende Tendenz unterlegener Initianten festzustellen, selbst klare Volksentscheide nicht mehr anzuerkennen und stattdessen sogleich neue Volksinitiativen mit gleicher oder ähnlicher Stossrichtung zu lancieren. Die rechtsstaatliche Demokratie wird auf diese Weise ausgehöhlt. Natürlich darf das wichtige Recht der Volksinitiative nicht eingeschränkt, aber offensichtlicher Missbrauch muss verhindert werden.

Ich frage daher den Bundesrat an, ob es nicht angebracht wäre, die Frage erneut abzuklären, wie Volksinitiativen mit einer Karenzfrist belegt werden könnten, deren Dauer und Modalitäten im einzelnen festzulegen wären.

Texte de l'interpellation du 10 décembre 1985

Le 1er décembre 1985, le peuple et les cantons ont repoussé catégoriquement l'initiative populaire «pour la suppression de la vivisection». Or, le 3 décembre 1985 déjà, deux groupements d'adversaires de cette pratique ont lancé une nouvelle initiative populaire encore plus radicale, «pour l'abolition de l'expérimentation animale et de la vivisection».

Sur un plan général, les auteurs d'initiatives rejetées ont de plus en plus tendance à ne plus accepter des verdicts pourtant fort nets du souverain; bien au contraire, ils sont enclins à lancer aussitôt de nouvelles initiatives populaires allant dans le même sens ou dans une direction voisine. De

cette façon-là, le système démocratique de l'Etat fondé sur le droit est vidé de sa substance. Bien entendu, l'institution fondamentale que constitue le droit d'initiative populaire doit demeurer intangible; mais il faut quand même empêcher tout abus manifeste.

C'est pourquoi je demande au Conseil fédéral s'il ne serait pas indiqué d'envisager une fois encore quels voies et moyens permettraient d'assortir les initiatives populaires d'un délai d'attente, la durée et les modalités de celui-ci devant encore être fixées en détail.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Ammann-Bern, Aregger, Aubry, Auer, Basler, Berger, Blocher, Blunschy, Bonnard, Bonny, Bremi, Bühler-Tschappina, Bürer-Walensstadt, Candaux, Cavadini, Cevey, de Chastonay, Chopard, Cincera, Columberg, Cottet, Cotti Flavio, Cotti Gianfranco, Couchepin, Coutau, Darbellay, Dirren, Dubois, Dünki, Dupont, Eggenberg-Thun, Eggli-Winterthur, Eggly-Genève, Eisenring, Eng, Eppenberger-Nesslau, Etique, Feigenwinter, Fischer-Häggingen, Fischer-Sursee, Flubacher, Frei-Romanshorn, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Geissbühler, Giger, Giudici, Graf, Grassi, Hess, Hofmann, Hösli, Houmard, Humbel, Hunziker, Jeanneret, Jung, Keller, Kohler Raoul, Koller Arnold, Kühne, Künzi, Landolt, Loretan, Lüchinger, Maître-Genève, Massy, Mühlemann, Müller-Scharnachtal, Müller-Meilen, Nebiker, Nef, Neuenschwander, Nussbaumer, Oester, Ogi, Perey, Pfund, Pini, Reich, Revaclier, Rime, Risi-Schwyz, Rubi, Rutishauser, Rüttimann, Sager, Salvioni, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Schärli, Schmidhalter, Schnyder-Bern, Schüle, Schwarz, Segmüller, Seiler, Soldini, Spälti, Spoerry, Stamm Judith, Steinegger, Stucky, Thévoz, Tschuppert, Uhlmann, Villiger, Wagner, Wanner, Weber-Schwyz, Wellauer, Widmer, Zwingli (115)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Februar 1986

Rapport écrit du Conseil fédéral du 12 février 1986

1. Nach dem klaren Wortlaut des Artikels 118 der Bundesverfassung ist deren Revision jederzeit möglich. Das bedeutet, dass eine von Volk und Ständen entschiedene Verfassungsfrage zu jedem Zeitpunkt wieder aufgegriffen und erneut zur Abstimmung gebracht werden kann.

2. Gelegentlich werden Stimmen laut, die eine Art Rechtsruhe fordern, eine Sperr- oder Karenzfrist, die verhindern soll, dass Entscheide des Souveräns in Frage gestellt werden, bevor eine gewisse Zeit verstrichen ist. Die vorliegende Interpellation zielt in die gleiche Richtung. Ihr schwebt eine – noch zu definierende – Karenzfrist vor, allerdings bloss für Volksinitiativen, nicht auch für Verfassungsvorlagen der Bundesversammlung. Soll dem Anliegen entsprochen werden?

a) Eine Karenzfrist könnte nur durch Revision der Bundesverfassung eingeführt werden; deren Artikel 118 liesse ein anderes Ergebnis nicht zu. Solange dieser Artikel unverändert besteht, geht es nicht an, den Umstand als Missachtung des Volkswillens oder gar als Missbrauch eines Volksrechts zu brandmarken, dass immer wieder und in rascher Folge neue Initiativen in der gleichen Sache lanciert werden. Eine andere Frage ist, ob ein solches Vorgehen in jedem Fall politisch klug ist, ob es den Stimmbürger nicht ermüdet und von ihm nicht als Zwängerei empfunden wird.

b) Es kann nicht zweifelhaft sein, dass das Volksrecht der Verfassungsinitiative durch Einführung einer Karenzfrist empfindlich eingeschränkt würde. Was in breiten Kreisen gefordert wird, ist aber nicht eine Beschneidung dieses Volksrechts, sondern sein Ausbau.

c) Kantonsverfassungen müssen von Bundesrechts wegen jederzeit revidierbar sein, «wenn die absolute Mehrheit der Bürger es verlangt» (Art. 6 Abs. 2 Bst. c BV). Diese Vorschrift könnte kaum mehr aufrechterhalten werden, wenn die jederzeitige Revidierbarkeit der Bundesverfassung eingeschränkt würde.

d) Beim Ausschöpfen der gesetzlichen Fristen verstreichen vom Beginn der Unterschriftensammlung bis zur Abstimmung über eine Volksinitiative etwa sechs Jahre, manchmal auch mehr. Die angestrebte Karenz ergibt sich daher schon heute weitgehend von selbst.

e) Die Einführung einer Karenzfrist brächte schwer zu lösende Abgrenzungsprobleme. Wäre beispielsweise auf die – formelle und/oder inhaltliche – Identität der Verfassungsfrage abzustellen, oder würde auch schon ein mehr oder weniger loser Zusammenhang für den Ausschluss einer neuen Initiative genügen? So ist zur Frage der Vivisektion und des Tierschutzes nicht erst nach der Volksabstimmung vom 1. Dezember 1985 eine neue Initiative lanciert worden. Der Schweizer Tierschutz hatte bereits am 14. Mai 1985 eine solche gestartet (Initiative «zur drastischen und schrittweisen Einschränkung der Tierversuche (Weg vom Tierversuch!)»; BBl 1985 I, 1248). Diese geht weniger weit als die am 1. Dezember 1985 verworfene. Ohne sie wären breite Kreise des Tierschutzes in eine Zwangslage geraten zwischen vorbehaltloser Annahme einer extremen Initiative und deren Bekämpfung. Das negative Abstimmungsergebnis vom 1. Dezember 1985 lässt sich ohne Berücksichtigung dieser Entwicklung kaum zuverlässig deuten.

f) Verfechten eines Anliegens, das Gegenstand einer Volksinitiative bildet, soll es nicht verwehrt sein, neue Einsichten zu gewinnen. Karenzfristen würden, wie das vorerwähnte Beispiel zeigt, solche Entwicklungen hemmen statt fördern, indem sie viele Stimmbürger zur Unterstützung radikaler Initiativen veranlassen könnten.

g) Bundesrat und Parlament haben immer wieder die formale Gleichwertigkeit von Initiativen und Verfassungsvorlagen der Bundesversammlung betont. Die Verfassung selber unterstreicht sie ebenfalls, wie die Stellung des Gegenwurfs zu Initiativen zeigt (Art. 121 Abs. 6, Art. 123 Abs. 1). Karenzfristen einzig für Volksinitiativen einzuführen, hiesse diese Gleichwertigkeit preisgeben.

3. Bei allem Verständnis für das Unbehagen über die zunehmende zeitliche Häufung gleichgerichteter Initiativen überwiegen die staatspolitischen Bedenken gegen die angestrebte Einschränkung. Der Bundesrat hat schon vor Jahren zum Ausdruck gebracht, dass die Errichtung einer zeitlichen Schranke von politischer Aengstlichkeit zeugen müsste und im Einzelfall als politisch unerwünscht empfunden werden könnte (BBl 1960 II 876). Er hat diese Auffassung in seiner Antwort vom 4. Mai 1983 auf einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss (83.402 Motion Rätz), der vom Nationalrat später diskussionslos abgeschrieben wurde, bestätigt. Der Nationalrat hatte übrigens schon 1976 einen ähnlich lautenden Vorstoss diskussionslos abgeschrieben (Amtl. Bull. N 1976, 1691/1692). Da das Fehlen einer solchen Schranke bisher nie zu unerträglichen Störungen oder Spannungen im Staatsleben geführt hat, sieht der Bundesrat auch heute keine zwingenden Gründe, eine Aenderung der Rechtslage ins Auge zu fassen.

Präsident: Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

85.385

**Interpellation Früh
Verkehrsunfall im Militär.
Strafverfahren**

**Accidents de circulation à l'armée.
Procédure pénale**

Wortlaut der Interpellation vom 14. März 1985

Am 24./25. November 1983 fand in Thun vor dem Div Ger 3 die Hauptverhandlung im sogenannten «Pinzgauer-Prozess» statt, welcher mit zwei Freisprüchen und einem

Schuldspruch endete. Dieses Gerichtsverfahren stiess in Presse und Öffentlichkeit auf überaus rege Anteilnahme. Der Eindruck, den insbesondere gewisse Begleitumstände des militärgerichtlichen Verfahrens hinterliess, ist zumindest zwiespältig. Ich bitte daher den Bundesrat, nachdem die Urteile am 29. September 1984 Rechtskraft erreicht haben, um Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, dass der zuständige militärische Untersuchungsrichter mögliche Schuldverdächtige und Zeugen erst Monate nach dem tragischen Unfallereignis einvernommen hat und dadurch Absprachen unter den verantwortlichen Unteroffizieren und Offizieren Vorschub leistete bzw. ermöglichte?

2. Wurde von gewissen Prozessbeteiligten zu Recht der Vorwurf an die Adresse der Untersuchungs- und Anklagebehörden erhoben, mögliche Schuldverdächtige seien voreilig aus der strafrechtlichen Verantwortung entlassen und stattdessen als Zeugen einvernommen worden?

3. Trifft es zu, dass die ursprünglich in die Wege geleitete militärgerichtliche Untersuchung über allfällige Mängel und Unterlassungen bei der Durchführung der Bergung der verunglückten Wehrmänner voreilig als ergebnislos abgeschlossen wurde, obwohl durch Zeugenaussagen ziviler Bergungshelfer namhafte Vorbehalte gegenüber der Organisation und Durchführung der Rettungsaktionen angebracht worden sind?

4. Ist der Bundesrat bereit, bei allenfalls festgestellten Pflichtverletzungen durch Justiz- und Verwaltungsorgane angemessene Sanktionen zu ergreifen?

Texte de l'interpellation du 14 mars 1985

Les 24 et 25 novembre 1983 s'est déroulée à Thoune l'audience du Trib. div. 3 dans l'affaire dite du «Pinzgauer», qui s'est terminée par deux acquittements et une condamnation. Ce procès a été suivi avec énormément d'intérêt par la presse et le public. Certaines circonstances qui ont marqué notamment la procédure militaire laissent à penser. C'est pourquoi, maintenant que les jugements du 29 septembre 1984 sont passés en force, je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Est-il exact que le juge d'instruction militaire chargé de l'enquête n'a entendu des personnes qui auraient éventuellement commis une faute et certains témoins que plusieurs mois après le tragique accident, facilitant ainsi, ou rendant possible, une collusion entre les sous-officiers et officiers responsables?

2. Certaines personnes impliquées dans ce procès ont reproché au juge d'instruction et à l'auditeur d'avoir déchargé prématurément de toute responsabilité pénale des personnes qui auraient éventuellement commis une faute et de les avoir entendues comme témoins seulement. Ce reproche est-il justifié?

3. Est-il exact que l'enquête pénale militaire qui avait été initialement ordonnée sur d'éventuelles carences et négligences constatées lors des opérations de sauvetage des militaires victimes de l'accident a été close prématurément par un non-lieu, malgré les réserves importantes qui ont été formulées par les sauveteurs civils dans leurs dépositions, quant à l'organisation et à l'exécution des opérations de sauvetage?

4. Le Conseil fédéral est-il prêt, le cas échéant, à prendre des sanctions appropriées contre les organes de la justice et de l'administration qui se seraient rendus coupables de violation de leurs devoirs?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 10. Juni 1985

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 10 juin 1985

Der Bundesrat hält sich an den Grundsatz der Gewaltentren-

Interpellation Wyss Volksinitiativen. Karenzfristen

Interpellation Wyss Initiatives populaires. Délais d'attente

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	17
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.950
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.03.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	470-471
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 229

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.